

im Kreistag Heinsberg, gemeinsame Presseerklärung

CDU und FDP beantragen die Einführung eines Controllings und die Untersuchung der Prozess- und Arbeitsabläufe in der Kreisverwaltung Heinsberg

Bereits im Juni 2010 wurde auf Initiative von FDP und CDU der Grundsatzbeschluss gefasst. „Nach Prüfungen der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) sowie der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) und der ausführlichen Analyse der vorliegenden Prüfergebnisse sehen CDU und FDP in den Feststellungen der GPA eine Bestätigung ihrer politischen Linie, mit Hilfe von Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung auch in Zukunft den Kreis Heinsberg zum Wohle der Kommunen und deren Einwohner gestalten zu können“, erklärt Norbert Reyans, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion, die gemeinsame politische Initiative.

„Deshalb ist es nach Auffassung von CDU und FDP geboten, durch die Einführung eines Controllings die Steuerungsfähigkeit des Kreises sicherzustellen. Die aus dem Controlling gewonnenen Informationen bieten Politik und Verwaltung eine geeignete Entscheidungshilfe für die notwendigen Schritte zur Konsolidierung“, verdeutlicht Stefan Lenzen, Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion, das Ziel des gemeinsamen Antrags.

CDU und FDP sind der Auffassung, dass neben der Erarbeitung von Zielen und Kennzahlen durch Aufgaben- und Prozessanalyse Kosten eingespart werden können. Einen großen Kostenblock im Haushalt des Kreises Heinsberg bilden die „Personalkosten“. Hier ist eine Personalanpassung aus Kostengründen unumgänglich. Zugleich gilt es sicher zu stellen, dass die Reduzierung durch schlanke Arbeitsabläufe und effiziente Strukturen und nicht durch Mehrarbeit erfolgen wird. Veränderungen werden aber zwangsläufig erfolgen; ob die bisherigen Standards in vollem Umfang aufrechterhalten werden können, bedarf der Entscheidung von Politik und Verwaltung im jeweiligen Einzelfall.

CDU und FDP haben daher gemeinsam beantragt in der nächsten Kreistagssitzung zu beschließen, dass in der Verwaltung ein Bereich „Controlling“ installiert wird. Dieser soll zusätzlich mit der Aufgaben- und Prozessanalyse betraut werden und dient der Verwaltung als Steuerungshilfe auf der Basis messbarer Zielgrößen. Eine Unternehmensberatung wird diesen Prozess begleiten. Es soll ferner geprüft werden, ob und ggfls. wann im Bereich „Controlling“ die Aufgaben „Unternehmensplanung und -steuerung“ inklusive der Beteiligungen (Beteiligungsmanagement) zu integrieren sind. Die Kreisverwaltung soll darüber hinaus beginnend mit dem Jahr 2013 die Mitarbeiterkapazität in den nächsten 5 Jahren um mindestens 5 Prozent reduzieren. „Betriebsbedingte Kündigungen sind zur Zielerreichung ausgeschlossen“, so der FDP-Fraktionschef Stefan Lenzen und „der bisherige Standard der Ausbildungsleistung soll bedarfsgerecht fortgeführt werden“, ergänzt sein CDU-Amtskollege Norbert Reyans. In den zuständigen Fachgremien des Kreises soll regelmäßig über erreichte Ergebnisse berichtet werden.

Ein Jahr nach Einführung des Controllings soll ein Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung vorgelegt werden. Der Kreistag entscheidet dann auf der Basis dieses Zwischenberichts über die Fortsetzung der zukünftigen Ausrichtung der Strategie, so Reyans und Lenzen.